nister für Kriegsproduktion, forderte für sich eine Teilkontrolle über die Arbeitskräfte. Bevin sagte: „Einer von uns beiden muß gehen, er oder ich." Churchill schickte seinen Parteifreund Beaverbrook mit einem Sonderauftrag nach Amerika.

Nach dem Wahlsieg der Labour-Partei im Sommer 1945 war es Bevin selbst, der für sich den Posten des Außenministers begehrte. Er bekam ihn. Auch in dem neuen Amt blieb der „Löwe unter den Staatsmännern" derselbe Mann, der er immer gewesen war. Auf einer Konferenz sagte er einmal zu dem Beamtensohn Molotow: „Ich, ich bin ein Proletarier!"

Noch aus den jüngsten Moskauer Tagen wurden einige seiner bündigen Bemerkungen berichtet. Als Molotow den Stellvertretern drei bis vier Tage geben wollte, um zur Frage der jugoslawischen Gebietsforderungen an Oesterreich Stellung zu nehmen, erwiderte ihm Bevin: „Warum drei oder vier Tage? Die können doch ebenso gut in zwei Stunden ihre Uneinigkeit feststellen."

Die Angliederung des Londoner Kontrollamtes an das Außenministerium nennt die „Times" einen „Schritt in der richtigen Richtung." Nach „News Chronicle" jedoch hat diese Maßnahme ein „weitverbreitetes Unbehagen" hervorgerufen. Man befürchtet, die deutschen Probleme könnten zu sehr Objekt im internationalen Kuhhandel der Mächte werden.

Trotzdem ist die Zeitung mit der Ablösung John Hynds, der Minister für Pensionen wurde, einverstanden. „Die Ernennung Lord Pakenhams wirkt wie ein Aufkehren in den staubigen Korridoren und vollgestopften Rumpelkammern der Verwaltung Deutschlands. Er ist einer der lebhaftesten unter den jüngeren Ministern Mr. Attlees."

Entscheidend für die Entwicklung des Nachkommen einer alten irischen Adelsfamilie wurde seine jahrelange Zusammenarbeit mit Lord Beveridge. „Englands Sozialpolitiker Nr. 1".

Seit Oktober 1946 Staatssekretär im Kriegsministerium, gab er wiederholt Erklärungen der Regierung in der Deutschland- und Oesterreichfrage ab. Bekannt wurde erst vor kurzem die drastische Absage, die er den jugoslawischen Gebietsansprüchen an Oesterreich erteilte:

„Die Forderungen sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind."

Der „Observer" begrüßt ihn: „Jetzt wird die massive, ungepflegte, donquichottische, kraftvolle Gestalt Frank Pakenhams in eine Stellung einrücken, die ihn zu einem der Männer macht, die Deutschland regiert haben — politischer Erbe einer Thronfolge, die mit Karl dem Großen begann und mit John Hynd endete".

Die erste Pflaume

Kläger in der Defensive

Von der bayrischen Sonne gebräunt, trat der 50jährige ehemalige Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt im Schacht-Prozeß vor die Untertürkheimer Spruchkammer. Er war von der Anklage aufgerufen worden, erwies sich aber als Entlastungszeuge.

Dem einfachen Beobachter, der nichts Näheres über das Wirken Schmitts als Reichswirtschaftsminister im ersten Jahre des Naziregimes wußte, mußten die Feinheiten seiner Aussage entgehen. Schmitt bemühte sich, der Kammer ein Bild seines damaligen verzweifelten Zustandes zu vermitteln, und er scheute sich nicht, einzugestehen, daß er nicht gewagt habe, gegen den von Hitler eingeschlagenen radikalen Kurs anzugehen. Er habe sich nicht stark genug gefühlt.

Nicht immer merkt Schacht, ob das Mikrophon eingeschaltet ist

Als Schmitt bei seiner Vernehmung als Zeuge im Schacht-Prozeß zu dieser Frage aussagte, daß es unter Hitler äußerst schwer, ja fast unmöglich gewesen sei, ein Amt niederzulegen, hatte er unwissentlich Schacht in diesem Punkt seiner Verteidigung bestärkt. Der öffentliche Kläger verzichtete dann auch darauf, ihn hierüber noch weiter zu vernehmen.

Ein weiterer Belastungszeuge der Anklage ist Theodor Düsterberg. Der ehemalige zweite Bundesführer des Stahlhelms wohnt als 71jähriger in Hameln an der Weser und pflegt seine kranke Frau. Er wurde schriftlich vernommen und belastet Schacht schwer. Der Verteidiger Schachts erhob Einspruch: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich hier um eine zweite Auflage der öffentlichen Klage handelt."

Der Vorsitzende Fritz Lenz und Kläger Ballarin mußten zugeben, daß die Aussage keine einzige präzise Feststellung enthält. Der Vorsitzende Lenz gab auf Schwambergers Drängen bekannt, daß die Kammer schon alles versucht hätte, Düsterberg zum persönlichen Erscheinen zu bewegen. Sie bot ihm einen Vorschuß von 1000 RM für Spesen und Reisekostenvergütung und wollte ihm das Benzin für die Hin- und Rückfahrt mit dem Wagen ersetzen. Düsterberg lehnte trotzdem ab. Viele fragten sich im stillen, ob der Zeuge Düsterberg das Kreuzverhör zu fürchten hat, auf das Schwamberger sich zu freuen scheint.

Das Frage- und Antwortspiel plätschert oft stundenlang monoton dahin. Zuweilen vergnügt sich dann der Techniker in der Rundfunk-Schaltkabine damit, durch Einschalten der entsprechenden Mikrophone private Gesprächsfetzen einzufangen. Während sich der öffentliche Ankläger bemühte, einen Beweis für Schachts aktive Mitwirkung bei der Einverleibung Oesterreichs zu erbringen, beugte sich Schacht zu seinem Verteidiger und sagte: „Eine stilgerechte Dummheit". Und als es Schacht wieder einmal gelungen war, den Ankläger aus dem Konzept zu bringen, flüsterte er: „Das war die erste Pflaume heute!"

Am Mittwoch stellten Schacht und Schwamberger mit zufriedenem Lächeln fest, daß die beiden Vertreter der öffentlichen Anklage, Dr. Helmut Ballarin und Dr. Alfred Marx, äußerst beeindruckt waren und sich auch im Kreuzverhör kaum noch zu präzisen Fragen aufrafften.

Nach den Darstellungen der Entlastungszeugen, ganz gleich, ob es sich um Franz Gronau, Dr. Alex Haffner, Fritz Sperl, Dr. Otto Schniewind oder Minister a. D. Hans von Rauner handelt, ist Schacht, zumindest mit Gördeler, als der „zivile Spiritus rector" der Attentatsversuche gegen Hitler anzusehen.

Um den Schluß des nicht für den Angeklagten, sondern für die Anklage erdrückenden Zeugenmaterials in ruhigere Bahnen zu lenken, ermahnte der Vorsitzende den jungen Fritz Sperl, sich kurz zu fassen, mit den Worten: „Wir unterstellen alle Argumente der Verteidigung bezüglich seiner (Schachts) Zusammenstöße (mit den Nazis) als wahr. Bitte, fassen Sie sich daher kurz."

Schacht ließ sich diese Auffassung der Anklage schmunzelnd wiederholen.

Schwamberger erklärte anschließend Pressevertretern, Schacht habe im zusammengebrochenen System soviel Mut bewiesen, daß es die Pflicht eines jeden deutschen Anwalts sei, sich für ihn einzusetzen.

Der Kurs bleibt der alte

Kein Feigenblatt für Konzerne

Sächsisch war die Hauptverkehrssprache auf dem zweiten Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der sowjetischen Zone. Von den rund 1100 Gewerkschaftlern kamen allein 450 aus dem Bundesland Sachsen und weitere 480 aus Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Drei Tage tagten die Delegierten in der Berliner Staatsoper in der Friedrichstraße. Früher war dieses Gebäude der „Admiralspalast", auf dessen Bühne bei einmütigem Beifall des Publikums großes Ausstattungstheater gespielt wurde.

Der Vorstand hatte Gastdelegationen aus vielen europäischen Ländern erwartet. Aus Belgrad kam ein herzliches Telegramm, London teilte lakonisch mit, daß man nicht kommen könne. Nur die sowjetische Delegation mit S. N. Rostowskij an der Spitze erschien, die im Namen von 27 Millionen Werktätigen Grüße überbrachte.

Auch sonst waren die Ehrengäste nicht zahlreich: Wilhelm Pieck (SED) und Otto Grotewohl (SED), die Unzertrennlichen, saßen zusammen in der ersten Parkettreihe. Oben in der Ehrenloge sah man den Chef der Politischen Abteilung der SMA, Oberst Tulpanow, mit seinem Gefolge.

Bernhard Göring (SED) verlas die Begrüßungsschreiben der drei Parteien der Ostzone von der CDU über LDP zur SED. Die CDU betonte die Wichtigkeit, im FDGB die überparteiliche Linie zu wahren und weltanschauliche Toleranz zu üben. Die LDP schloß ihr Schreiben „mit vorzüglicher Hochachtung", während die SED die Delegierten mit „Werte Genossen!" anredete und ihnen versicherte, daß die SED auch weiterhin dem FDGB treu zur Seite stehen werde.

Oberst Tulpanow mit seinem kahlrasierten, dunkel glänzenden Schädel sprach deutsch zu den Delegierten. Stürmischen Beifall erntete er, als er betonte, durch die Geschlossenheit der Gewerkschaften sei die Ehre der deutschen Arbeiterschaft wiederhergestellt.

Bernhard Göring, der haargenau vor einem Jahr Pieck und Grotewohl auf dem Vereinigungs-Parteitag das Einheitsbanner in die Hand gedrückt hatte, hielt zwischen den einzelnen Begrüßungsadressen Kurzreferate. „Der Kurs bleibt der alte." Die freien Gewerkschaften seien zu politischer Aktivität verpflichtet.

Als der russische Gewerkschaftsdelegierte Rostowskij in seiner Begrüßungsadresse die Worte „Wir sind Nachbarn!" gebrauchte, merkten die Zuhörer auf. Aber dem Dolmetscher war ein Uebersetzungsfehler unterlaufen, es mußte heißen: „Wir sind fast Nachbarn". Er wies auf die ungeheuren Kriegsverluste Rußlands hin. Göring erwiderte mit ernster Stimme: „Wir wissen, daß wir in unserer Arbeit unter dem Gesetz von Schuld und Sühne stehen."

150 Minuten sprach Hans Jendretzky (SED), der 1. Vorsitzende des FDGB in der Ostzone, über die Erfolge in der vergangenen Zeit. In einer künftigen deutschen Regierung müsse das Arbeitsministerium durch den FDGB besetzt werden. Der FDGB wolle auf keinen Fall das Feigenblatt für die Pläne der Konzernherren sein.

Fast 100 Diskussionsredner hatten sich gemeldet. Souverän schwenkte Ernst Lemmer (CDU), der am dritten Tag den Vorsitz hatte, die Glocke, wenn einer länger als zehn Minuten redete. Einem beschnitt er nicht die Redezeit: Franz Spliedt (SPD), der als Vertreter der Gewerkschaften in der britischen Zone erschienen war und eine kräftige Handvoll Salz in die Einheitssuppe warf.

Der 70jährige Gewerkschaftler aus Hamburg sprach von den entstellenden östlichen Berichten über die Westzonen und verneinte mit Entschiedenheit die östliche Form der Bodenreform. „Aber die russische Zone lebt ja noch lange nicht so wie die britische, die seit Wochen Mais frißt, weil die Kapitalisten Amerikas keinen Weizen schicken, da sie Ueberfluß an Mais haben!"

„Keine zehn Pferde —"
Volksminister Loritz

Spliedt sagte auch, was man westlich der Elbe von der östlichen Entnazifizierung halte: Wer in den Westzonen ein Nazi sei, gehe in die Ostzone und werde dort ein führender Mann.

Göring machte ein betroffenes Gesicht, während Lemmer mit kurzen Worten die Ausführungen würdigte.

Lange Wahlzettel erhielten die Delegierten für die Vorstandswahl. Bei Hans Jendretzky stand als Berufsbezeichnung: Schlosser, bei Göring: Handlungsgehilfe, und bei Lemmer: Journalist. Diese drei wurden wiedergewählt.

Der Gesundheitsdienst wurde während der Tagung 70mal in Anspruch genommen, darunter sechs schwere Fälle und eine Operation.

„— die Ehre der Arbeiterschaft gerettet", sagte Oberst Tulpanow
Spliedt (links) neigt sich vor den Toten, neben ihm Göring und Jendretzky

Die letzte Chance

Abortfrauen im Hinterhalt

Es war fast auf den Tag ein halbes Jahr seit der Rede, die Alfred Loritz in den Münchener Mathäser Bierhallen über seine Entnazifizierungspläne hielt. Der Saal, den er sich diesmal wieder für seine Rede ausgewählt hatte, ist Münchens Schwarzmarktzentrale, die man infolge des Versiegens der WAV-Geldquellen hatte mieten müssen.

Das Versiegen der Geldquellen fällt zeitlich mit dem Tode des Kalimagnaten Rechberg zusammen, von dem man weiß, daß er Beziehungen zur WAV pflegte. Der Zirkus Krone wäre teurer gewesen. Etwa 1000 Menschen saßen nun vor den Türen auf Ruinen und lauschten ihrem Sonderminister.

Seiner Rede wurde deshalb besondere Aufmerksamkeit gezollt, weil sein angeblich „bevorstehender Rücktritt" immer noch oder schon wieder das Münchener Stadtgespräch ist. Der „Erholungsurlaub auf unbestimmte Zeit", den der Staatssekretär im Sonderministerium, Arthur Höltermann, demonstrativ antrat, tat ein übriges.

Höltermann hat ganz offen erklärt, durch Einspruch des Säuberungsministers sei das von ihm, Höltermann, ausgearbeitete Schnellverfahren zur Entnazifizierung torpediert worden. Vorigen Montag wurde in seiner Privatwohnung eingebrochen. Es verlautbarte nicht, ob Dokumente entwendet wurden.

Loritz' Verbleiben im Kabinett ist die Kardinalfrage für das Weiterbestehen der Regierungskoalition in Bayern. Die aus den Kreisen der CSU und SPD gleichermaßen betriebene Opposition gegen die amtierende Regierung ist so stark, daß nach einem Ausscheiden der WAV die Koalition in Frage gestellt wäre. Darum wird das „enfant terrible" von den anderen Ministern wider bessere Einsicht gehalten. Die oppositionellen Kräfte haben diese Achillesferse des Kabinetts erkannt und deshalb die Politik des WAV-Führers zum Ziel ihrer Attacke ausgesucht.

Auch die Opposition aus den eigenen Reihen macht sich bemerkbar. In aller Mund ist das Loritz-Wort bei einer Vertrauensmännerversammlung der WAV: „Entweder spuckt uns in drei Monaten jede Bahnhofs-Abortfrau an, oder wir haben alle Wähler hinter uns." Mitgliedsausweise würden auch nicht ausgegeben, berichten seine Mannen, damit bei den Abtrünnigen behauptet werden kann, sie seien nie Parteimitglied gewesen.

In seiner Rede beschäftigte sich der Minister des längeren mit der Presse. Er widmete ihr eine volle Stunde. Keine einzige Zeitung, sagte er, wahre die Objektivität, zu der sie verpflichtet sei. Die Pressesitze, in unmittelbarer Nähe des Redners reserviert, waren leer geblieben.

Auch gegen den Staatskommissar für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten, Dr. Philipp Auerbach, zog er vom Leder, unterschlug hartnäckig dessen akademischen Grad und forderte ihn auf, zurückzukehren, wo er hergekommen sei: nach Düsseldorf. Auerbach habe nicht wie er selbst mit der Waffe in der Hand gegen die Nazis gekämpft. In München ist allerdings nirgends bekannt, daß Loritz mit der Waffe in der Hand gegen Hitler auf dem Plan erschien.

An Hand etlicher Zahlenbeispiele wies Alfred Loritz nach, daß unter seinen Auspizien die Entnazifizierung keineswegs ins Stocken geraten sei. Die Weihnachtsamnestie werde bis zum 30. April abgeschlossen, ebenso die Jugendamnestie, stellte er amtlich fest.